

Parlamentarismus lebt von Diskussionen

Die „Linke“: „Auf Selbsterstörungskurs“, FR-Politik vom 16. September

Avanti, dilettanti!

Es war offensichtlich ein Riesenfehler der Spitze der Bundestagsfraktion der „Linken“ ausgerechnet der „Egomanin“ Sahra Wagenknecht die Bühne in der Haushaltsdebatte zu überlassen. Wider besseres Wissen und Gewissen schwadroniert sie im Stile eines „Putinschen trojanischen Pferdes“ von einem angeblichen „Wirtschaftskrieg des Westens“ gegen das „Russland Putinscher Prägung“. Welch ein nachweisbarer historischer Unsinn! Hier werden Ursache und Wirkung vertauscht. Was unterscheidet Sarah Wagenknecht in dieser Frage eigentlich noch von der AfD (Albtraum für Deutschland)? Da kann man eigentlich nur noch mit Joschka Fischer antworten: Avanti dilettanti!

Dieter Obst, Wiesbaden

Nachdenken über alternative Lösungen

Der Bundesregierung bescheinigt Wagenknecht, einen beispiellosen Wirtschaftskrieg gegen Russland „vom Zaum zu brechen“ und fordert Verhandlungen mit dem Regime Putin zur Sicherstellung der deutschen Energieversorgung. Ich wäre gern darüber informiert worden, was denn Sahra Wagenknecht in ihrer Rede außerdem noch gesagt hat. Hingegen interessiert mich weniger, was auf Gesichtern von Parteimitgliedern an-

geblich abzulesen ist, dass Frau Kipping wieder raucht und dass dies mit den Nerven zu tun habe. Das mit dem „beispiellosen Wirtschaftskrieg“ klingt martialisches, aber so etwas kommt in hitzigen Debatten vor. Dass sich Parteimitglieder darüber aufregen, kann ich nachvollziehen. Die Debatte wird hoffentlich kontrovers weitergeführt.

Es wäre wünschenswert, wenn auch die Friedensbewegten und die Kriegsunterstützer bei den Grünen eine öffentliche Kontroverse führten, ohne dass sofort von Spaltung der Partei die Rede sein muss. Die Forderungen von Kubicki bezüglich Nord Stream 2 sollten in der FDP diskutiert werden. Und von Parteimitgliedern der CDU hätte ich erwartet, dass sie sich mit der Blackrock-Vergangenheit ihres Vorsitzenden kontrovers auseinander gesetzt hätten – und zwar, bevor sie ihn ins Amt wählten. Aus der Erforschung von Krisen wissen wir, dass diese mit Macht zurückkommen, wenn sie übergangen werden. Parteien müssen, um glaubhaft zu bleiben, Auseinandersetzungen führen, auch öffentlich. Nicht nur der Parlamentarismus lebt von der Debatte.

Solange keine Rechte verletzt werden – leider leidet das Erinnerungsvermögen so mancher Politiker, vor allem in Untersuchungsausschüssen –, sollte gestritten werden, um Meinungen zu differenzieren und Entscheidungen abzuwägen. Bei Wahlen erleben wir oft, dass Parteien in-

terne Konflikte vermieden haben, und wir als Wählerinnen und Wähler vor der Situation stehen, das kleinere Übel zu wählen.

Der monokausale Grund, dass Putin die alleinige Schuld für diesen russischen Angriffskrieg trägt, muss weder davon abhalten, all die anderen Ursachen, die zu dieser Situation geführt haben, zu bedenken und alternative Lösungswege zu diskutieren. Robert Maxeiner, Frankfurt

Die Linke sollte sich dem politischen Gegner widmen

Bernd Riexinger wirkt selbstzerstörerisch bei der Kritik an Sahra Wagenknecht. Sie weist den Weg, vor massenhafter Obdachlosigkeit und einer dramatischen Wirtschaftskrise zu schützen. Minister Habeck sah einst selbst die Gefahr, Putin durch die Sanktionen reicher zu machen für seinen brutalen Angriffskrieg. Ihn muss die Linke jetzt angreifen, nachdem der selbstzerstörerische Irrweg offensichtlich ist, die Abhängigkeit von billigem russischem Gas durch die Abhängigkeit von teurem US-Frackinggas zu ersetzen. Mitglieder wie Riexinger sollten Umfragen in Auftrag geben, angesichts der vernünftigen wachsenden Kriegsmüdigkeit bei Wahlen punkten und nicht den bellizistischen Selbsterstörungskurs der Regierung unterstützen. Friedrich Gehring, Backnang

Diskussion: frblog.de/heisserherbst

Die Debatte bekommt langsam Temperatur

„Heißer Herbst“: „Für viele Menschen ist die Katastrophe längst Realität“, FR-Tagesthema vom 12. September

Sorgen wir für einen normal temperierten Herbst

Das politische Sommerinterview am 7. August im ZDF mit dem Linken-Vorsitzenden Martin Schirdewan hat mich zutiefst erschreckt und verärgert. Da ruft ein angeblich demokratischer Politiker zum Straßenprotest im Herbst gegen die Energiepolitik der Ampelregierung auf und nimmt mit naivem Gesichtsausdruck in Kauf, dass er damit die Aufbruchstompete der Rechten, Querdenker, Reichsbürger, Corona-Gegner, Antidemokraten bläst. Diese Einstellung verrät Orientierungslosigkeit und Verzicht auf öffentliche Verantwortung und gründet in einem infantilen Wahrnehmungsverhalten.

Haben die Linken endgültig das Erwachsenwerden aufgegeben, was die letzten Wahlergebnisse nahelegen? Genügt es nicht, dass die FDP-„Buben“ um Christian Lindner permanent nicht nur die Grünen, sondern diejenigen Bürgerinnen und Bürger brüskieren, die sich sozial- und ökologienpolitisch einsetzen für Nachhaltigkeit, verantwortlichen Energieverbrauch, Geschwindigkeitsbegrenzungen, soziale Fürsorge für die Prekären in unserer Gesellschaft? Schon der Versuch, den „heißen Herbst“ links herbeizureden und neoliberal zu provozieren, ist

unverantwortlich und (leider so nicht) strafbar. Demokraten: Sorgen wir für einen normal temperierten Herbst 2022!

Uwe Gerber, Schopfheim

Im schlechten Merkelschen Sinn

Energie wird für Teile der Bevölkerung unbezahlbar, der Autor nimmt „soziale Spannungen“ wahr und spricht von möglichen Protesten im Herbst. Als „verantwortlich“ für die innenpolitischen Konflikte wird Putin benannt. Die Konsequenzen seien unausweichlich. Dabei vermeidet es Markus Decker im Kommentar „Keine Klientelpolitik“ (FR v. 18.8.), genau zwischen Auslöser (Russlands Angriffskrieg) und politischen Entscheidungen in Deutschland (Sanktionspolitik, Waffenlieferungen) zu unterscheiden. Für die in Deutschland getroffenen Entscheidungen übernehmen allein die politischen Entscheidungsträger in Regierung und Bundestag die Verantwortung. Diese haben sich frei entschieden.

Damit ist in der pluralistischen Demokratie der Raum für Debatten eröffnet, um über mögliche negative Folgen, Verhältnismäßigkeit der Mittel, Wirksamkeit oder Gefährdung des sozialen Friedens zu diskutieren. Gegebenenfalls werden

Entscheidungen dann revidiert oder verändert. Der Grad der Offenheit dieses Debattenraumes weist dabei auf den Zustand der politischen Kultur hin!

Die Überschrift „Keine Klientelpolitik“ verkennt zudem den in der Parteiendemokratie üblichen Drang, bei allen Diskussionen eigene potenzielle Wähler anzusprechen. Dies mit „internationaler Solidarität“ bzw. einem „moralischen Fundament“ vermeiden zu wollen und die Sanktionspolitik im schlechten Merkelschen Sinne als alternativlos darzustellen, verkennt die medialen Inszenierungen aller (!) im Bundestag vertretenen Parteien. Zudem: Wo gab es deutsche Solidarität bei der Freigabe der Patente für Impfstoffe? Ist unsere imperiale Lebensweise etwa solidarisch?

Soziale Proteste sind in Deutschland wünschenswert, da sie die Lebendigkeit der Demokratie, die Meinungsvielfalt und die dramatischen sozialen Spannungen widerspiegeln. Alle Proteste, die sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegen, sind legitim und legal. Wer sie mit dem Populismusbegriff in gute und schlechte Proteste unterteilen möchte, segelt selbst hart am Wind des Autoritären.

Dirk Schneider, Helmenzen

Diskussion: frblog.de/heisserherbst



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zurschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20220920

FR ERLEBEN

Richard Meng, Vorsitzender des Kuratoriums der Karl-Gerold-Stiftung, moderiert das Diskussionspodium „Ukraine Krieg – Was wird werden?“ mit Nicole Deitelhoff, Leiterin der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Ruprecht Polenz (CDU), langjähriger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, sowie Jürgen Trittin, außenpolitischer Sprecher bei Bündnis 90/Die Grünen.
Mittwoch, 21. September, 19 Uhr Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit Herbert Kramm-Abendroth und Gerd Bauz, Aktivisten der Friedensbewegung, über den Krieg in der Ukraine. Anmeldung zur Präsenzveranstaltung über das Anmeldeformular.
Donnerstag, 22. September, 19 Uhr Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büges Theaterstück „Genetics“ wird in einer szenischen Lesung uraufgeführt. Der Autor ist dabei und beantwortet anschließend gern Fragen bei Brot und Wein. Das Stück hat den zweiten Platz im Wettbewerb „Theatermarkt 2022“ des Frankfurter Autorentheaters gewonnen.
Sonntag, 25. September, 18 Uhr Brotfabrik, Bachmannstraße 2-4, Frankfurt

Keine Chance bei mir

Documenta: „Jetzt (fast) amtlich“, FR-Feuilleton am 12. September

Ich muss Ihnen leider (oder besser zum Glück!) mitteilen, dass alle Ihre Bemühungen der letzten Wochen nichts genützt haben: Ich bin trotzdem nach Kassel gefahren, um mir selbst ein Bild zu machen. Und – Wunder über Wunder – mein Eindrucks entspricht nicht dem, was ich in „meiner FR“ zu lesen bekommen habe. Zugegeben: Ich konnte an nur zweieinhalb Tagen nicht überall nach dem Rechten sehen! Und um auch das vorwegzuschicken: Die vorausgegangenen Documentaausstellungen 2012 und 2017 haben mir besser gefallen. Aber, da wo ich hingeguckt und gehört habe, konnte ich keinen Antisemitismus wahrnehmen. Was aus meiner Sicht aber sehr deutlich wahrzunehmen war, das war die kritische Auseinandersetzung mit dem Kolonialismus des Westens und seinen Folgen noch im 20. Jahrhundert. Und da sind ja nun viele europäische Nationen unleugbar zu Tätern geworden. Mir drängt sich daher der Verdacht auf, dass von dem Hauptthema der Documenta Fünfteen abgelenkt werden sollte. Tja: Keine Chance bei mir!

Heinz-Hermann Ingwersen,
Neumünster

Verstoß gegen Grundwerte

Zu: „Wir brauchen weniger Krankenhäuser“, FR-Regional vom 18. August

Zu Ihrem Artikel habe ich gegenläufige Ansicht. Mit dem unverständlichen Wort „Agaplesion“ will Markus Horneber Krankenhäuser vernichten, die keinen Gewinn für Reiche bringen. Als Privatpatient braucht er sich keine Gedanken zu machen, wenn er mal stationär im Krankheitsfall aufgenommen werden müsste. Ortsnahe Krankenhausbetten sollen in erster Linie den Reichen vorbehalten sein. Die Kassenpatienten sollen bedarfsweise weit abgeschoben werden, auch wenn sie dann weniger oder keinen Besuch von Angehörigen haben können, weil die Reise zu schwierig und zu teuer ist. Diese Explosion zerstört gesellschaftlichen Zusammenhalt und verstößt gegen ärztliche Grundwerte. Hippokrates, Ärzte mit Gewissen und die Bibel lehren das Gegenteil zum Umgang mit Kranken oder Sterbenden.

Dietmut Thilenius, Bad Soden

SORRY

Laut unserer Kolumne „Der Unbeugsame“ (17.9., S. 48) soll ein gewisser Erich Fromm von 1959 bis 1973 Präsident der Bundesärztekammer gewesen sein. Tatsächlich war dort in dieser Zeit ein Fromm am Ruder, aber kein Erich, sondern ein Ernst.